



Nach Wahlerfolg der AfD

Unternehmer Würth erwägt Stopp von Investitionen

Stand: 13.06.2024 17:04 Uhr

Nach den jüngsten Wahlerfolgen der AfD mehren sich Warnungen der Wirtschaft, die Ziele der Partei würden den heimischen Standort gefährden. Der Unternehmer Würth stellt jetzt Investitionen in Deutschland infrage.

Der deutsch-österreichische Unternehmer Reinhold Würth hat nach den Zugewinnen der [AfD bei der Europawahl](#) Investitionen in Deutschland unter Vorbehalt gestellt. Sollte dieser Trend anhalten, so Würth im *Deutschlandfunk*, müsse man vorsichtig sein, wo und wie man investiere. Man werde in aller Ruhe analysieren, ob man das Geld nicht künftig eher in anderen Ländern einsetze, sagte Würth dem Sender.

Der als "Schraubenkönig" bekannt gewordene Unternehmer und Milliardär hatte sich bereits vor der Europawahl gegen die AfD positioniert. [Im Frühjahr rief er seine Belegschaft auf, nicht die AfD zu wählen.](#) Im baden-württembergischen Hohenlohekreis, wo der Stammsitz der Künzelsauer Firma liegt, kam die rechtspopulistische Partei auf 19,1 Prozent der Stimmen.



23.01.2024

"Farbe bekennen gegen rechts"

Ökonomen warnen vor Erstarren der AfD

Führende Ökonomen rufen Unternehmen auf, sich stärker gegen Rechtsextremismus und AfD zu positionieren. | [mehr](#)

Würth warnt vor Forderungen der AfD

Würth begründete seinen kritischen Blick auf künftige Investitionen in Deutschland unter anderem mit Überlegungen von Politikern der AfD, Menschen mit Migrationshintergrund abzuschieben, der sogenannten "Remigration".

Der 89-Jährige, dessen Unternehmen Weltmarktführer in der Produktion und dem Vertrieb von Montage- und Befestigungsmaterial ist, schätzt, dass rund 30 Prozent seiner Belegschaft ursprünglich aus dem Ausland stammen. Würden sie wegfallen, wäre das eine "helle Katastrophe".

Würth hatte nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung 2008 schon einmal damit gedroht, die Geschäfte seiner Würth-Gruppe komplett ins Ausland zu verlegen.



26.07.2023

Appell an die Politik

Wirtschaft besorgt über AfD-Hoch

Vertreter der Wirtschaft und des Handwerks zeigen sich alarmiert über die in Umfragen erstarkte AfD. | [mehr](#)

Woidke beklagt "riesengroße Unsicherheit"

[Seit Langem warnen Wirtschafts- und Konjunkturoxperten vor den Folgen einer potenziellen AfD-Wirtschaftspolitik.](#) Drohungen mit einem "Dexit", also einem Austritt Deutschlands aus der EU, einer Abkehr vom Euro und Forderungen nach "Remigration" würden dem Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig und schwer schaden.

Mit Blick auf das gute Abschneiden der AfD bei der Europawahl und hinsichtlich der anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und in seinem Bundesland beklagte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke auch für die Wirtschaft eine "riesengroße Unsicherheit". Gegen die Wahlergebnisse der AfD und des BSW müsse man "Stabilität und Sicherheit setzen", sagte der SPD-Politiker ebenfalls im *Deutschlandfunk*.

Es bereite ihm Sorgen, dass Unternehmer sagten, sie wollten mit Blick auf das AfD-Ergebnis nicht mehr in Deutschland investieren, sagte Woidke. "Aber natürlich hat das auch was mit Rahmenbedingungen und Rahmensetzungen zu tun. Das sind ja alles Dinge, die uns Sorgen machen müssen."

AfD

*Dieses Thema im Programm:**Über dieses Thema berichtete Deutschlandfunk am 13. Juni 2024 um 17:21 Uhr.*

Facebook



WhatsApp



Teilen

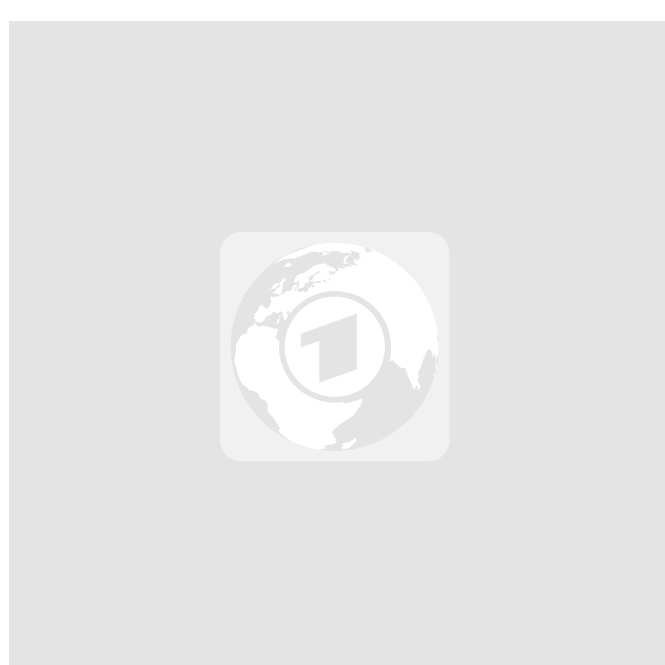


Mail



Drucken

MEHR ZUM THEMA



10.03.2024 • 15:46 Uhr

Wirtschaftskurs der AfD

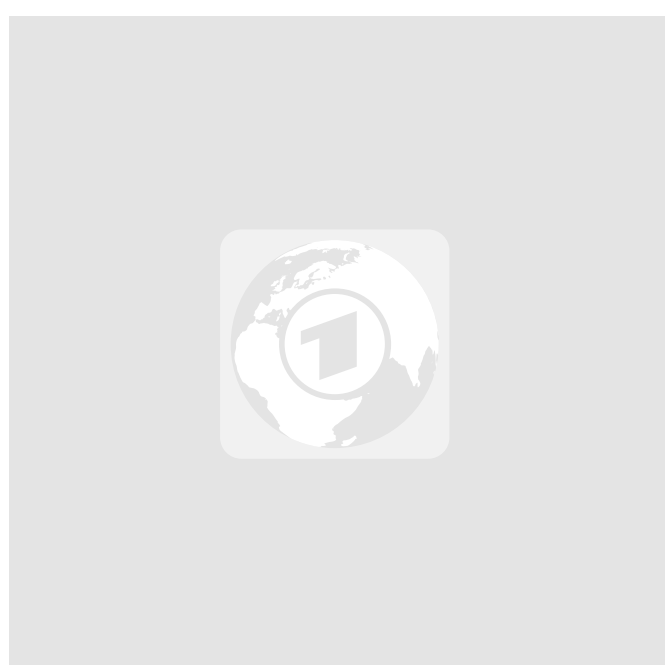
"Ein Risiko für den Standort Deutschland"



27.05.2024 • 13:28 Uhr

"Das AfD-Paradox"

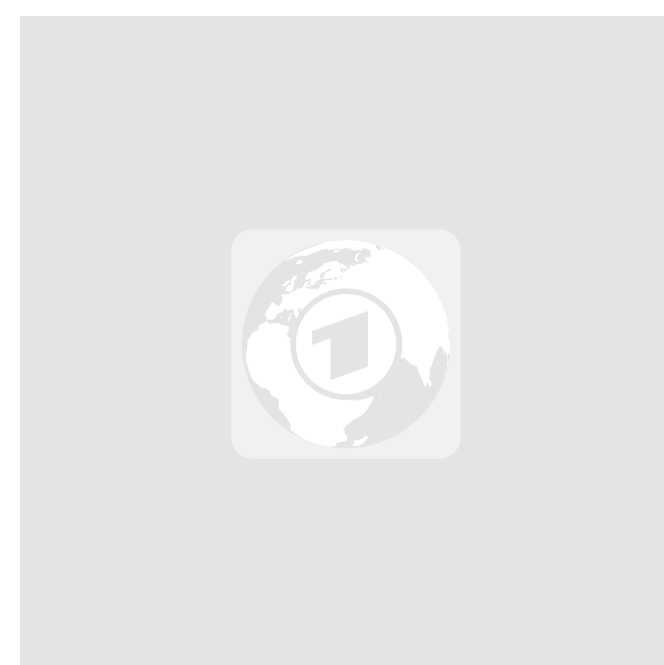
Warum AfD-Wähler unter deren Politik leiden würden



19.03.2024 • 15:19 Uhr

Brief an Tausende Beschäftigte

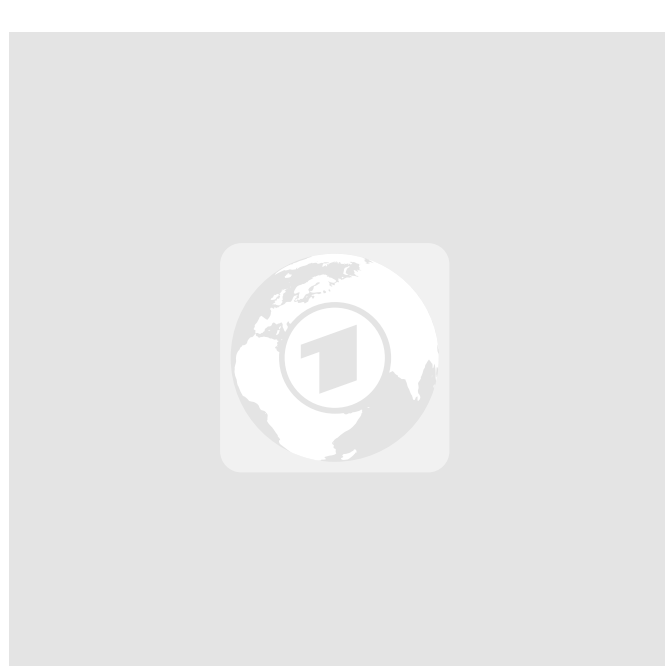
Unternehmer Würth rät Mitarbeitern von AfD ab



20.02.2024 • 11:05 Uhr

SPD in Brandenburg

Wie Woidke auf Abstand zur Ampel geht



REPORTAGE 17.11.2023 • 21:04 Uhr

Konferenz "Ostdeutschland 2030"

"Die, die noch da sind, sollen bleiben"



EXKLUSIV 08.02.2024 • 11:41 Uhr

Nach Treffen in Potsdam

Millionen Deutsche haben Angst vor Abschiebungen

[Kommentare zur Meldung \(137\)](#)[Zur Startseite](#)

Service

tagesschau.de

ARD Angebote

Rundfunkanstalten

Impressum

So erreichen Sie uns

Datenschutzerklärung

Bildrechte